

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Albert Duin

Abg. Walter Nussel

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Johann Häusler

Abg. Annette Karl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Klaus Adelt

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Zur Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Perspektive für den Einzelhandel: Stationären Handel sofort inzidenzunabhängig öffnen (Drs. 18/15546)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Kollegen Albert Duin für die FDP-Fraktion. – Ich darf Sie bitten, dort hinten nach Möglichkeit nicht nur deshalb, weil der eigene Fraktionskollege spricht, etwas Ruhe einkehren zu lassen. – Bitte, Herr Kollege.

**Albert Duin (FDP):** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Monaten habe ich schon einmal an dieser Stelle gestanden und gefordert, einen vernünftigen ordnungspolitischen Rahmen für die Öffnung verschiedener Branchen zu setzen. Was ist danach passiert? – Buchläden waren zuerst geschlossen. Dann wurden sie zum täglichen Bedarf gezählt. Daraufhin klagte ein Schuhladen dagegen. Dann waren sie wieder geschlossen. Mittlerweile sind Buchläden wieder geöffnet, weil sie Dinge des täglichen Bedarfs verkaufen. Genauso ist es übrigens mit den Baumärkten. Das ist wirklich ein Dauerthema. Im Moment sind sie gerade wieder geschlossen. Dafür dürfen Gartenmärkte unabhängig von der Inzidenz öffnen. Wir haben also einen total willkürlichen Wechsel von Öffnungen und Schließungen. Man hat das Gefühl, die Staatsregierung tut dies nur, damit sie öfter in die Zeitung kommt. Man hat etwas geöffnet und wieder geschlossen. Das kann alles nicht sein.

Ich habe einmal in meinem Bekanntenkreis nachgefragt: Wisst ihr, was ihr gerade dürft? Sie haben alle die App "Darf ich das?". Diese gibt es mittlerweile. Dort können sie nachsehen. Dies ist aber nicht das, was der Bürger erwartet. Der Bürger erwartet klare Regeln, was er tun darf und was nicht. Ständig ändert sich etwas. Die Akzeptanz der Bürger lässt wirklich nach.

Außerdem ist es eine unheimliche Wettbewerbsverzerrung, weil die Menschen, die einen Laden haben, der geöffnet sein darf, wie ein Blumenladen oder ein Gemüseladen, auf einmal noch andere Sortimente hat. Wenn ich in einen Lebensmittelladen gehe, sind die Leute in den Gängen zusammengepfercht, während ich in Läden mit großzügigen Verkaufsräumen, in denen es Klamotten oder sonst etwas gibt, nicht einkaufen darf. Dies ergibt doch gar keinen Sinn. Ich weite einfach mein Sortiment aus, wenn ich die Erlaubnis zur Öffnung erhalten möchte. Das ist doch wettbewerbsverzerrend. Das ist doch eine Sauerei gegenüber den Menschen, die dies betrifft.

Die Leidtragenden des Hin und Her sind natürlich die Unternehmen, die eine gewisse Planungssicherheit für die Zukunft haben wollen. Die Studien haben mittlerweile gezeigt, dass es in Läden quasi zu keinem Infektionsgeschehen kommt. Man hat nichts gefunden.

Wir haben dem Antrag einige Studien beigelegt, die Sie nachlesen können. Wir fordern, endlich einmal die Fakten so zu akzeptieren, wie sie sind, und die sofortige Öffnung des Einzelhandels, natürlich mit Maskenpflicht und all diesen Dingen, aber klare und gleiche Vorgaben für alle! So müssen wir öffnen, keine Bevorzugung gewisser Branchen, sondern die Chance, dass Läden im Rahmen der Möglichkeiten, die es gibt, wieder offen sind. – Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Walter Nussel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich stehe auch nicht zum ersten Mal zu diesem Punkt hier. – Herr Kollege Duin, die FDP will inzidenzunabhängig öffnen. Dies haben Sie in Ihrer Rede zwar nicht erwähnt, aber es steht im Antrag. Zu diesem Thema sage ich ganz emotionsfrei mit Blick in Richtung FDP: Ihr habt in den letzten Monaten immer wieder gefordert, viel mehr zu öffnen usw. Ihr habt auch nicht

daran geglaubt, dass die dritte Welle kommt. Ihr habt wahrscheinlich auch nicht daran

--

(Zuruf: Ich verstehe dich so schlecht, Herr Kollege!)

– Entschuldigung!

(Abgeordneter Walter Nussel (CSU) setzt die Maske ab)

Ihr von der FDP habt alle nicht daran geglaubt, dass die dritte Welle kommt.

(Zuruf: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Ihr habt auch nicht daran geglaubt, als wir in Kempten erst eine Inzidenz von 20 hatten und dann auf einmal in Richtung 300 gingen. Das alles muss man schon miteinbeziehen. Man kann nicht einfach sagen: Wir machen inzidenzunabhängig den kompletten Einzelhandel auf.

Deswegen können wir dem Antrag so auch nicht zustimmen. Gerade wir wollen Politik für die Wirtschaft machen. Wir wollen, dass alles schnellstmöglich wieder richtig zum Laufen kommt. Nun zum Aber: Die Politik und vor allem die Verbände haben die Staatsregierung oft zu diesen Einzelfallentscheidungen aufgefordert und gesagt: Bei uns ist das doch wieder anders. – In einem Gartenmarkt ist es anders als in einem Baumarkt. In einem Baumarkt ist es anders als in einem Buchladen. Das alles ist auch an die Politik herangetragen worden. Dann hat man Lösungen gesucht. Dass das Verwerfungen gibt und Themen aufkommen, auf die man achten muss, erklärt sich ganz von selbst.

Ein weiteres Thema: Unser Ministerpräsident hat auch aufgrund der Erfahrung der letzten Monate für bundesweit einheitliche Lösungen geworben. Warum? – Weil wir zeitweise einen Einkaufstourismus hatten. In Baden-Württemberg und Hessen waren Läden offen, während sie bei uns geschlossen waren. Dass jetzt die Zahlen in Baden-Württemberg wesentlich höher als bei uns sind, hat auch damit zu tun. Jetzt haben wir

einheitliche Lösungen und können sie nach der gesetzlichen Lage zwar verschärfen, aber nicht entschärfen. Deswegen appelliere ich an Sie, dass wir für – ich sage jetzt einmal – ungefähr zwei Monate, bis die Impfungen fortgeschritten sind, Woche für Woche schauen, was wir noch öffnen können.

Gestern hat die Staatsregierung schon einiges auf den Weg gebracht. Wir haben es heute bestätigt, dass wir jetzt schauen, was wir wo und wie öffnen können. Da wird der eine oder andere sagen: Aber bei mir müsst ihr schon diese Woche öffnen. – Dafür muss jedoch der Begegnungsverkehr berücksichtigt werden. Für Verständnis dafür möchte ich explizit werben. Auch die CSU-Fraktion ist stetig, Woche für Woche, mit der Staatsregierung in engstem Kontakt, um zu prüfen: Was können wir uns erlauben? Wo können wir hinschauen?

Auch wir haben vor der dritten Welle geglaubt, dass wir eigentlich noch mehr aufmachen könnten. Als die dritte Welle losging, sind auf einmal viele verstummt, die noch im Januar gefordert hatten, alles zu öffnen. Auch wir sind eines Besseren belehrt worden. Deswegen bitte ich jetzt um noch etwas Durchhaltevermögen und Geduld. Ich gehe davon aus, dass wir bis spätestens in zwei Monaten unsere Wirtschaft, gerade den Einzelhandel, richtig zum Laufen gebracht haben werden, falls nicht noch einmal etwas Größeres passiert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Pult. – Es liegt die Anmeldung einer Zwischenbemerkung des Kollegen Albert Duin vor. Bitte.

**Albert Duin (FDP):** Lieber Walter Nussel, bitte erkläre mir einmal den Unterschied zwischen einem Gartencenter und einem Baumarkt. Wenn du das erklären kannst, dann bin ich zufrieden.

**Walter Nussel (CSU):** Ein Gartencenter verkauft Blumen. Ich erkläre es einmal ganz banal. Eine Blume ist eine verderbliche Ware,

(Albert Duin (FDP): Die gibt es auch im Baumarkt!)

eine Schraube im Baumarkt ist keine verderbliche Ware. Das ist der Unterschied.

(Albert Duin (FDP): Eine Blume gibt es im Baumarkt!)

– In einem Baumarkt, der mit einem Gartencenter gekoppelt ist, stimmt das. Da sind die Blumen dabei. Aber es gibt auch reine Baumärkte und reine Gartencenter. – Wir müssen gerade für die verderblichen Waren Lösungen finden. Die haben wir gefunden,

(Albert Duin (FDP): Eine Schraube ist ansteckender als eine Blume!)

und wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Benjamin Adjei. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Duin, ich bin doch etwas überrascht – oder vielleicht auch nicht überrascht, wenn ich mir die FDP in der letzten Zeit so anschau – und frage mich, in welcher Realität ihr lebt. Gerade gehen die Inzidenzen herunter bzw. sie stabilisieren sich, das Impftempo nimmt zu. Wir sind gerade in einer Situation, in der sich die Lage etwas entspannt. Wenn man auf die letzten Wochen zurückblickt, auf die Intensivstationen schaut, sieht man, wie schwierig die Situation war.

Euer erster Gedanke ist: Wir wollen jetzt inzidenzunabhängig die Geschäfte öffnen. Du hast gerade selber gesagt, dass du vor zwei Monaten schon an dieser Stelle gestan-

den bist und solche Sachen gefordert hast. Vor zwei Monaten war Anfang März, und wir standen kurz vor der dritten Welle. Wir waren in der gleichen Situation wie jetzt. Dann wurden Lockerungen gemacht. Das haben wir als GRÜNE kritisiert. Das fanden wir nicht in Ordnung und nicht gut. Man hat lieber mal schnell gelockert als abzuwarten, und das Ergebnis war, dass wir zwei Monate lang wieder zumachen mussten. Wir mussten wieder strenger regulieren, natürlich auch mit größeren wirtschaftlichen Schäden für die Unternehmen. Am Ende ist es sinnvoller, lieber mal zwei Wochen zu warten und die Öffnungen noch zu verzögern, um dann sinnvoll, langsam und geordnet aufmachen zu können.

Du hast die Planungssicherheit angesprochen. Wir fordern auch schon lange einen bundeseinheitlichen Stufenplan, um Planungssicherheit zu schaffen, damit die verschiedenen Betriebe und Unternehmen in Gastronomie, Kultur, Einzelhandel usw. wissen, was sie wann erwartet. Das wollen wir natürlich auch. Aber es ist keine Planungssicherheit, einfach zu sagen: Jetzt machen wir mal auf. – Dann steigen in zwei Wochen wieder die Inzidenzen, und es muss wieder geschlossen werden. Inzidenzunabhängige Öffnung ist ein Fake, weil man sich am Schluss bei steigenden Inzidenzen wieder Lösungen überlegen muss.

Ich wäre mir nicht so sicher, dass der Einzelhandel keinen Einfluss auf das Inzidenzgeschehen hat. Wie kommen denn die Leute zum Einkaufen? – Wir haben denselben Stimmkreis. Bei uns ist das OEZ. Wenn die Leute dort einkaufen gehen wollen, fahren sie in München dicht gedrängt in der vollen U-Bahn. Dort können sie sich anstecken. Dann sind sie im vollen Einkaufszentrum, weil die Leute wieder shoppen gehen. Glaubst du, dass es dann kein Infektionsgeschehen gibt? – Vielleicht haben wir beim konkreten Herausholen einer Ware aus dem Regal keine Ansteckung, aber bei dem ganzen Drumherum haben wir diese natürlich schon.

Die Leute sollen nicht mehr die ganze Zeit durch die Stadt fahren und möglichst viele Kontakte haben. Die Kontakte sollen reduziert werden. Das ist Sinn und Zweck. Das

ist sinnvoll. Deswegen müssen wir diesen Antrag ganz klar ablehnen. Er geht komplett in die falsche Richtung. Er gibt ein komplett falsches Signal an die Bevölkerung.

Wir müssen jetzt die letzten Schritte tun und die letzte Zeit noch überbrücken. Es wurde schon angedeutet, dass die Impfungen vorankommen. Dann kann man sich wirklich überlegen, wie man gezielt öffnen kann und was man zuerst öffnen kann. Über Schulen und Jugendeinrichtungen beispielsweise und solche Einrichtungen müsste man sich ebenfalls Gedanken machen; denn bevor man das Shoppingcenter aufmacht, muss man überlegen, ob man vielleicht wieder mehr Unterricht für die Jüngsten ermöglicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung, wiederum des Abgeordneten Albert Duin, vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

**Albert Duin (FDP):** Dass die GRÜNEN eine gewisse Staatsgläubigkeit haben, war mir schon klar, aber nicht, dass dabei auch noch die urbane Arroganz überkommt und alles auf München bezogen wird. Auf dem flachen Land und in den kleinen Städten ist es eben vollkommen anders als hier. Dass du auch noch sagst, wir sollten erst die Schulen öffnen und das andere dann später! – Wenn wir öffnen, dann sollten wir es gleichzeitig machen. Aber das Problem ist, dass der Staat wieder an hundert Schrauben gedreht hat und nicht weiß, welche Schraube es war. Das ist unser Problem. Eines ist mittlerweile klargestellt: Außer Haus kommt es am wenigsten zu Ansteckungen. Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse solltet ihr auch mittlerweile haben.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Ich antworte kurz darauf. – Das hat nichts mit städtischer Arroganz zu tun. Auch im ländlichen Raum muss ich irgendwie zum Einkaufen kommen. Der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum ist natürlich nicht ganz so gut.



Den Weg muss ich dort manchmal mit dem Radl, zu Fuß oder wie auch immer zurücklegen. Unser Ziel ist es ja, den öffentlichen Nahverkehr flächendeckend auszubauen. Aber am Ende geht es darum, die Inzidenzen und aus diesem Grund die Kontakte zu reduzieren. Dein Hinweis, dass es auch den ländlichen Raum und nicht nur die Stadt gebe, mag schon stimmen. Aber mit einer inzidenzunabhängigen und flächendeckend gleichen Lösung habe ich dann in München und auch in anderen Regionen mit hohen Inzidenzen, auch im ländlichen Raum, Probleme. Wenn ich zum Beispiel nach Tirschenreuth schaue, da sehen wir hohe Inzidenzen.

(Zurufe: Nein!)

– Zumindest hatten wir da hohe Inzidenzen.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Johann Häusler für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege Häusler, Sie haben das Wort.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Albert Duin, ich würde mir auch wünschen, inzidenzunabhängig alles einfach öffnen zu können, selbstverständlich, wer denn nicht? Es herrscht aber nun mal eine Riesendiskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung haben natürlich eine große Verantwortung. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die hier in Bayern leben. Diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Deshalb ist es meines Erachtens schon sehr weit hergeholt, fast schon vermessen, eine vollkommen inzidenzunabhängige Öffnungsstrategie zu fordern. Wenn man das richtig sieht, ist das eigentlich unverantwortlich. Ich möchte das hier auch so darstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mich stört an diesem Antrag gewaltig, dass einfach querbeet, fahrlässig, vorsätzlich oder wie auch immer behauptet wird, wir würden willkürlich Ungleichbehandlungen

vornehmen. Ganz ehrlich, die behauptete Willkür kann ich nicht erkennen. Die behauptete Willkür ist weder im Gesetz noch in den Ausführungsbestimmungen verankert.

Ich will an folgenden Fakt erinnern: Die Bundesnotbremse hat einen gewissen Rahmen gesetzt. Wir in Bayern haben darauf reagiert und hier am 27.04.2021 im Rahmen der Verordnung zur Änderung der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung und der Einreise-Quarantäneverordnung auch ein Stück weit nachgesteuert, sodass einzelne Bereiche, wie die schon angesprochenen Gärtnereien, Gartenmärkte, Buchläden, aber auch die Läden und Geschäfte der Handwerksbetriebe auf die Liste des täglichen, notwendigen Bedarfs aufgenommen wurden. Das ist doch auch so in Ordnung.

Ich kann einen Gartenbetrieb doch nicht mit einem Autozubehör-Discounter vergleichen. Gartenmärkte und Gärtnereien haben jetzt ihre Saison. Sie haben jetzt ihre Pflanzen und müssen jetzt verkaufen. Nach der Saison ist das ganze Geschäft gelaufen. Insofern ist es doch richtig, konsequent und angepasst, was wir hier gemacht haben. Das sollte man doch ruhig auch so zur Kenntnis nehmen. Es ist auch schon gesagt worden: Solange die Schulen und die Kitas größtenteils geschlossen sind, kann ich die Discounter doch nicht freiweg öffnen.

Ich möchte noch einmal an die Genese erinnern. Damals ist gesagt worden: Bis zu einer 7-Tage-Inzidenz von rund 50 können die Gesundheitsämter die Nachverfolgung der Kontakte gewährleisten. Bei einer höheren 7-Tage-Inzidenz ist die Kontaktnachverfolgung aber schwierig bzw. kann nicht mehr gewährleistet werden.

Dann haben wir gesagt: Wenn schon 75 % nicht nachvollziehbar sind, dann müssen wir 75 % an Kontakten vermeiden. Das ist nachvollziehbar und ist, wenn ich mich richtig erinnere, von der FDP damals nicht kritisiert worden. Kontakte können nur dadurch vermieden werden, dass verschiedene restriktive Maßnahmen ergriffen werden, die

die Kontakte reduzieren. Kollege Adjei hat es auch eben dargestellt, wie das Ganze funktionieren kann. Genau das läuft im Moment so.

Ich glaube, insofern ist das schon sinnvoll und richtig, wie das Ganze gelaufen ist. Natürlich kann man vielleicht einzelne Branchen anders bewerten, das steht jedem frei. Der Ansatz hat keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit, ist aber pragmatisch. Ich glaube, diesen pragmatischen Ansatz können wir so stehen lassen.

Ich will noch etwas hinzufügen, was schon erwähnt worden ist: Die Eindämmung liegt in unser aller Verantwortung; denn wir können uns eine zusätzliche, eine vierte Welle nicht leisten. Darum müssen wir jetzt schauen, dass wir mit Verantwortungsbewusstsein und Zuversicht – wie es heute schon mehrfach gesagt worden ist – diese Schritte gehen. Das ist im Moment von Bayern aus gesehen der richtige Weg. Zu diesem stehen wir auch. Deshalb können wir diesen Antrag in der hier vorliegenden Form nicht unterstützen und müssen ihn ablehnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das ist auch ein Gebot der Vernunft und ein Gebot der Wahrnehmung von Verantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Pult. Es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Annette Karl. – Frau Kollegin, bitte schön.

**Annette Karl (SPD):** Herr Kollege Häusler, ich habe eine Frage: Was ist der epidemiologische Unterschied zwischen einem Gartencenter und einem Schuhladen? Wo sind da die unterschiedlichen Gefahren für die Bevölkerung, sodass man unterschiedliche Maßstäbe anlegt? Sprich: Wie wollen Sie die Vorgaben der Gerichte, nämlich der Gleichbehandlung bei Geschäften des Einzelhandels – es gibt dazu schon Urteile – auf Dauer umsetzen? Ich glaube nicht, dass Sie sich in Ihrer Öffnungsstrategie auf die

Begründung "Wir öffnen die Geschäfte, in denen die Salatpflanze sonst vergammelt" oder auf eine ähnlich weit hergeholte Begründung beschränken können.

**Johann Häusler (FREIE WÄHLER):** Ich glaube, die epidemiologische Abgrenzung ist zugegebenermaßen relativ schwierig vorzunehmen. Wenn ich den Gartenbetrieb hernehme, ist festzuhalten, dass 90 % der Geschäfte im Außenbereich abgewickelt werden. In einem Schuh-Discounter dagegen ist das nicht so. Ein Ladengeschäft des Handwerks darf, wenn ein Handwerksmeister da ist, sogar öffnen. Das steht auch so drin. Zum Beispiel dürfen auch Optiker öffnen. Es steht drin: Wenn der Laden ein Geschäft des Handwerksbetriebs ist, darf er öffnen. Insofern ist hier schon eine gewisse Differenzierung vorgenommen. Ich glaube, die ist auch nicht ganz falsch. Man müsste dann noch andere Unterscheidungen treffen, zum Beispiel beim Freizeitsport, Amateursport und für Kulturveranstaltungen. Wo liegen da die Unterschiede?

Ich glaube, die Regelung hätte sicherlich zwar im Einzelfall anders ausgestaltet werden können, ist aber so, wie wir sie jetzt haben, im Grunde und in der Summe vernünftig. Es ist nicht die Aufgabe des Bayerischen Landtags, die einzelnen Gewerke noch einmal aufzuzeigen, sondern lediglich die Grundlinie muss aufgezeigt werden. Diese steht und ist so richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Damen und Herren des Hohen Hauses! Die FDP sagt ja gerne, dass es in die richtige Richtung geht. Lieber Kollege Albert, ja, es geht zum Teil in die richtige Richtung. Schauen wir aber mal über die Grenze, was die Bundesregierung von Österreich verkündet hat. Sie hat ver-

kündet, dass mit Ausnahme des Handels überall getestet wird. In Österreich werden die Facheinzelhandelsgeschäfte usw. ab dem 19. Mai 2021 wieder geöffnet und dürfen ohne Corona-Test betreten werden. Das ist der springende Punkt. Der Handelsverband Bayern und der Handelsverband Deutschland haben klipp und klar gesagt, dass bei einer 7-Tage-Inzidenz von über 100 das Click-and-Meet-Geschäft mit Negativtest überhaupt nicht rentabel ist und nicht angenommen wird. Das ist der Knackpunkt schlechthin.

Ich habe heute schon während der Regierungserklärung angemerkt und werde das später noch mal in der Debatte ausführen, dass es paradox ist, wenn man bei einer 7-Tage-Inzidenz unter 100 ein negatives Testergebnis für den Biergarten braucht, aber drinnen nicht. Diese Logik muss mir mal jemand erklären. Das ist absurd. Darauf wurde aber auch schon von anderen hingewiesen.

Lieber Kollege Albert Duin, ich schätze dich sehr. Diese Anträge haben auch wir schon vor Monaten gestellt. Wenn ich den CSU-Beitrag vom geschätzten Kollegen betrachte, stelle ich fest: Es geht ihm immer nur um die Bewertung der Inzidenz. Heute haben wir im Landkreis Berchtesgadener Land, wo die 7-Tage-Inzidenz sehr hoch ist, eine Auslastung der Intensivbetten mit Corona-Patienten von null!

(Zuruf: Ja, Gott sei Dank!)

– Ja, Gott sei Dank! – Der Parameter kann nicht nur die 7-Tage-Inzidenz sein. Das sagen auch verschiedene Virologen immer wieder. Der Parameter muss die Auslastung der Intensivbetten sein. Das haben auch Sie schon immer wieder erwähnt.

In der Antwort auf die Zwischenbemerkung war von verderblicher Ware die Rede. Da frage ich mich schon, was man dann nächste Woche besprechen wird. In Rosenheim hatten wir gestern eine 7-Tage-Inzidenz von 98. Heute beträgt sie 102. Dann fällt der Wert in der nächsten Woche auf unter 100, und dann können wir nächste Woche wohl den Biergarten aufmachen? Glaubt ihr denn, uns verdirbt keine Ware? Was machen wir damit? Sollen wir sagen: Wir frieren alles ein, dann bekommt der Gast eben nicht

die frische Ware, sondern in drei Wochen, wenn es wieder passt, bekommt er die eingefrorene Ware? In der heutigen Zeit wird mit regionalen frischen Produkten geworben. – Das ist nicht durchführbar. Wir werden sehen, dass das Infektionsgeschehen in ein paar Wochen deutlich zurückgehen wird, weil es wärmer wird und wir impfen. Dann müsst ihr einmal darüber nachdenken, ob ihr diese Parameter noch halten könnt; denn das führt nicht zu Rentabilität. So können wir aus meiner Sicht nicht weiterarbeiten. Die GRÜNEN stoßen in dasselbe Horn. Die FREIEN WÄHLER warnen vor der vierten Welle. Ihr Wirtschaftsminister hat gar nicht vor der zweiten Welle gewarnt, sondern hat schlichtweg gesagt, dass diese nicht kommt. Dies zur Wahrheitsfindung. Da drüben lachen sogar die CSUler; das sehe ich sogar durch die Maske. – Herzlichen Dank. Wir plädieren für Enthaltung.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Klaus Adelt. Bitte noch einen Moment. – Herr Kollege, jetzt haben Sie das Wort.

**Klaus Adelt (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident – die Bewegung tut gut –, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir von der SPD können dem FDP-Antrag doch einige Sympathie abgewinnen, wenngleich wir Dinge zu bemängeln haben.

Der erste Mangel ist, dass nur vom stationären Handel die Rede ist. Es gibt aber auch den ambulanten Handel. Es gab ein Tohuwabohu: Aufmachen, zumachen, aufmachen, zumachen. Die Gärtner konnten auf den Wochenmärkten eine Zeit lang liefern; dann ist die Notbremse eingetreten, und dann durften die Gärtnereien nicht mehr kommen. Letzte Woche sind sie wieder auf die Liste gekommen, und dann durften die Gärtner doch wiederkommen. Sie hatten aber keine Zeit, sich darauf vorzubereiten. Es müssen klare Perspektiven für sämtliche Geschäfte vorhanden sein.

Liebe Freunde von der FDP, euch interessieren offensichtlich nur die großen Läden; denn es ist von Gartencentern, von Baumärkten und von anderen die Rede. Wichtig

ist für uns vonseiten der SPD der mittelständische Handel und vor allen Dingen der mittelständische Handel in den Innenstädten; denn er ist am ehesten gefährdet, wenn er nicht verkaufen kann.

Was wir nicht wollen, ist ein Riesengewusel, ein sinnloses Shoppen und sonstige Dinge. Wir sind für eine Öffnung mit Regeln und mit strikten Hygienekonzepten. Viele Handelsbetriebe können solche Konzepte umsetzen. Um Kontakte zu vermeiden, muss es natürlich auch Click and Meet und Click and Collect geben. Lieber Walter, das gilt inzidenzunabhängig. Was macht es denn für einen Sinn, wenn ich von Hof, wo die Inzidenz hoch ist, mit dem Auto nach Bamberg oder anderswo hinfahre, dort einkaufe und dann wieder zurückfahre? Ich bin nach wie vor der gleiche Adelt. Deshalb halte ich das strikte Festhalten an der Inzidenz nicht unbedingt für sinnvoll.

Wie schon gesagt: Wir legen einen Schwerpunkt auf das Hygienekonzept. Wir legen einen Schwerpunkt auf den innerstädtischen Handel, auch im ländlichen Raum. Wir setzen auf Verlässlichkeit, damit sich die Leute darauf einstellen können.

Unter diesen Umständen werden wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/15546 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). So nach und nach kommen sie. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.